

DIE ROLLE DER GEMEINSCHAFTSWIDRIGKEIT UND DES MOTIVS BEI DER FESTSTELLUNG DES RAUFHANDELS

von

ZOLTÁN BODGÁL

Oberassistent, Lehrstuhl für Strafrecht, Universität Eötvös Loránd, Budapest

Eingegangen: 16. Oktober 1972

1. Verhältnis zwischen dem sprachlichen und strafrechtlichen Begriff des Raufhandels

In den beinahe zwei Jahrzehnten, die verfließen sind, seitdem der Raufhandel (das Rowdytum) zu einem Delikt erklärt wurde, bedeutete sowohl theoretisch, wie auch praktisch die Gestaltung seines strafrechtlichen tatbestandsartigen Begriffs ein ernstes Problem aufgrund von Kriterien, auf die eine einheitliche und folgerichtige Gerichtspraxis begründet werden kann. Die genaue Bestimmung des strafrechtlichen Begriffs des Raufhandels ist nicht nur eine die Garantie der Gesetzlichkeit bedeutende dogmatische Frage. Auch hinsichtlich der Verhütung ist es von hervorragender Bedeutung, dass die gesetzliche Definition auch für die öffentliche Meinung das Wesen des raufhändlerischen Verhaltens bestimmt und den Kreis dieser Verhaltensweisen gut umgrenzt.

Die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Begriffsbestimmung des Raufhandels ergeben sich in erster Reihe daraus, dass der strafrechtliche tatbestandsartige Begriff des Raufhandels mit dem in der öffentlichen Auffassung entstandenen Begriff einer raufhändlerischen Handlung, Lebensweise oder Einstellung nicht identisch ist. In Verbindung mit der tatbestandsartigen Begriffsbestimmung des Raufhandels bildet auch jener Umstand eine weitere Schwierigkeit, dass die Gesetzgebung im gesetzlichen Tatbestand dieses Deliktes solche normativen Elemente — ein sich ständig formendes, kompliziertes und weitausgedehntes Normensystem — umfassen muss, deren exakte und auf jede Lebenslage anwendbare Bestimmung schwer ausgestaltet werden kann. Die diesbezüglichen gesellschaftlichen Regeln des Gemeinschaftslebens sind ausserordentlich weitverzweigt und von verschiedener Bedeutung, die Verletzung jedes einzelnen kann nicht die Feststellung des strafbaren Tatbestands des Raufhandels nach sich ziehen. Es gibt nämlich solche Regeln des Gemeinschaftslebens, deren Verletzung ein schwereres Delikt als den Raufhandel verwirklicht (solche sind z.B. die Regeln des Gemeinschaftslebens bezüglich des Schutzes des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit oder der Freiheit des Geschlechtslebens andererseits liegen ausserhalb des Anwendungsbereiches des Tatbestandes die Höflichkeitsregeln bezüglich der kultivierten menschlichen Beziehungen, deren Verletzung nicht als

Raufhandel qualifiziert werden kann. Es kann nicht das Ziel der diesbezüglichen rechtlichen Regelung sein, dass der gesetzliche Tatbestand des Raufhandels als ein Abführkanal ausgebildet wird, wohin die rechtswidrigen Verhaltensweisen uneingeschränkt, beinahe beliebig eingeschüttet werden können. Der Gesetzgeber musste also bei der Bestimmung dieses Deliktes nach der Art, der Wichtigkeit, dem Grad der Verletzung und der Art und Weise der Verletzung jene Kriterien ausbilden, die dem Raufhandel als Delikt den Charakter der Verletzung oder Gefährdung der öffentlichen Ordnung geben und er musste das in den objektiven und subjektiven Kriterien des Tatbestandes zum Ausdruck bringen.

Auch bezüglich der Bestimmung der gesetzlichen Definition des Raufhandels ist jene grundlegende Forderung geltend, wonach das Gesetz weder mehr, noch weniger besagt, als unbedingt erforderlich ist. Die Ausgestaltung einer minutiösen, allzu umständlichen Definition wäre einerseits eine hoffnungslose Aufgabe, andererseits würde eine solche überkomplizierte Definition infolge der zahlreichen Begriffskennzeichen die Ausbildung immer weiterer ergänzenden Bestimmungen notwendig machen. Bei der Bestimmung der gesetzlichen Tatbestände ist das grösste Problem dessen Entscheidung, welches jene wesentlichen Begriffsmerkmale sind, die in die gesetzliche Definition gehören, und die Ausbildung und Deutung welcher Kriterien der Gerichtspraxis anzuvertrauen sind. Die grundlegende Frage ist also die rationelle Ausgestaltung der Gewaltenteilung zwischen dem Gesetzgeber und dem Gericht, im Zusammenhang mit der Deutung der strafrechtlichen Begriffe und Tatbestände.

Es ist eine reelle Forderung an die sozialistische Gesetzgebung und Rechtsdeutung, dass die rechtlichen Begriffe nach ihrer sprachlichen Bedeutung definiert oder gedeutet werden. Diese Forderung ist umso mehr begründet, weil die Rechtsnorm zu den Staatsbürgern in ihrer Sprache spricht, daher muss der Gesetzgeber bei der Abfassung einer Rechtsnorm nach der grösstmöglichen Allgemeinverständlichkeit streben. Die wissenschaftliche Annäherung der Erscheinungen, die wissenschaftliche, d.h. die gesetzliche Begriffsbildung entfernt sich aber notwendigerweise von den empirischen Begriffen der öffentlichen Auffassung und des alltäglichen Denkens, deshalb kann die gegenüber der Gesetzgebung erhobene gegensätzliche Forderung nur in beschränktem Masse geltend gemacht werden. Bei der strafrechtlichen Begriffsbildung stehen wir nämlich bei der gesetzlichen Definition beinahe jedes strafbaren Tatbestandes der Folge gegenüber, dass wir uns durch Aufdeckung der wesentlichen Merkmale der den Gegenstand der Regelung bildenden gesellschaftlichen Erscheinung notwendigerweise von ihrem alltäglichen Begriff entfernen. Infolge dieses Verhältnisses zwischen dem alltäglichen und wissenschaftlichen Begriff der Erscheinungen kann auch der strafrechtliche tatbestandsartige Begriff des Raufhandels nicht mit seinem alltäglichen Begriff identisch sein. Der alltägliche Begriff des Raufhandels bedeutet den ersten Schritt der Begriffsbildung und ist im Vergleich mit der Erfahrung schon ein höherer Grad der Erkenntnis, aber widerspiegelt die wesentlichen Kriterien des Raufhandels als gesellschaftlicher Er-

scheinung in einem undifferenzierten Zusammenhang. Dagegen ist der strafrechtliche tatbestandsartige Begriff, als Ergebnis der wissenschaftlichen Begriffsbildung entsprechend differenziert und hat einen synthetischen Charakter; er gibt eine Widerspiegelung, die die wesentlichen Merkmale der gegebenen Erscheinung als Ganzen, aufdeckt. Dieser strafrechtliche Begriff umfasst inhaltlich die wesentlichen Kriterien des Raufhandels, als gesellschaftlicher Erscheinung: die besondere Art und den Kreis der gesellschaftlichen Verhältnisse, den bestimmten Grad der Gesellschaftsgefährlichkeit, die bestimmten Arten und den Ort der Handlungen, d.h. die objektiven und subjektiven Elemente des Tatbestands. Zur Ausbildung solcher wissenschaftlichen Begriffe ist oft ein Sätzesystem notwendig, damit die inneren Zusammenhänge, das Wesen der untersuchten Erscheinung aufgedeckt werden. Die so ausgebildeten wissenschaftlichen oder gesetzlichen Begriffe widerspiegeln auch nur mit annähernder Genauigkeit das Wesen der Erscheinungen. Die Grenzen einer wissenschaftlichen oder gesetzlichen Definition sind auch nur relativ, da sich diese Begriffe während der Entwicklung unserer Kenntnisse einerseits ausdehnen, andererseits aber einengen. Nur das starre, formalrechtliche Denken ist bestrebt, ewig währende Definitionen für alle Zeiten auszuarbeiten. Jede wissenschaftliche, so auch die gesetzliche Definition bezieht sich auf eine grundsätzlich unbeschränkte Menge der wirklichen und möglichen Erscheinungen oder Tatsachen und verallgemeinert die unendliche Vielfalt der Erscheinungen. Aus den Schranken des menschlichen Denkens folgt, dass man auch zu den gesetzlichen Definitionen nur durch die Untersuchung eines beschränkten Teils der Erscheinungen kommen kann. Die logische Induktion ermöglicht, dass aufgrund der Kenntnis einer endlichen beschränkten Menge gleichartiger Tatsachen die gemeinsamen Kriterien der ähnlichen Erscheinungen aufgedeckt, d.h. definiert werden.

Die Entwicklung der wissenschaftlichen Begriffe ist mit ihrer gesetzlichen Definition nicht beendet, sie werden im Laufe der praktischen Beschäftigung mit ihnen infolge der Erweiterung der diesbezüglichen Kenntnisse immer reicher und genauer. Diese Begriffe sind auch in einer ständigen Bewegung, sie gehen ineinander über, denn sonst würden sie nicht das Leben widerspiegeln. Ihre Analyse, ihre Untersuchung ist Aufgabe der Bearbeiter der Strafrechtswissenschaft und Praxis, die Kunst ihrer Behandlung erfordert die ständige Untersuchung der Bewegung, der gegenseitigen Zusammenhänge und der Übergänge dieser Begriffe.

2. Begriff und Bedeutung der Gemeinschaftswidrigkeit

Bezüglich der Ausbildung des strafrechtlichen Begriffs des Raufhandels bedeutete die Regelung des Strafgesetzbuchs im Vergleich zur früheren Lage einen Fortschritt. Der Gesetzgeber war nämlich bestrebt, eine materielle Definition zu geben, er stellte in den Mittelpunkt des Tatbestands als wesentliches Merkmal des raufhändlerischen Verhaltens seine Gemeinschaftswidrigkeit, deren Aufgabe darin besteht, dass eine Richtlinie hinsichtlich der wesentlichen Eigenschaft der raufhändlerischen

Verhaltensweisen gegeben wird. Gemäss der neuen Regelung ist der Raufhandel die Bezeichnung eines auffallend, betont gemeinschaftswidrigen Verhaltens unter den im Gesetz beschriebenen Umständen. Im Gesetz wird der Begriff der Gemeinschaftswidrigkeit nicht definiert. Die ministerielle Begründung weist aber darauf hin, dass dieser Begriff nicht mit der jedes beliebige Delikt kennzeichnenden Gemeinschaftswidrigkeit, d.h. mit der Gesellschaftsgefährlichkeit der Handlung identisch ist.¹ Die neue Regelung des Gesetzes schliesst die Diskussion über den Begriff der Gemeinschaftswidrigkeit nicht aus. Es besteht nämlich die Möglichkeit der subjektiven und objektiven Deutung.

Während der Erörterung des Inhalts der Gemeinschaftswidrigkeit untersuchen wir zuerst den Zusammenhang dieses Begriffes mit dem rechtlichen Gegenstand des Tatbestandes. Das Kriterium der Gemeinschaftswidrigkeit ist nämlich neben der Bezeichnung des Wesens des raufhändlerischen Verhaltens auch mit dem rechtlichen Objekt des Deliktes, mit der Verletzung der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Ruhe eng verbunden. Beim Raufhandel wird nämlich die Störung der öffentlichen Ordnung immer durch die Verletzung einer gesellschaftlichen Regel des Gemeinschaftslebens verwirklicht, aber die Verletzung der Regeln des Gemeinschaftslebens ist nicht immer mit der Störung der öffentlichen Ordnung verbunden. Deshalb ist eine nähere Untersuchung und genauere Umschreibung des rechtlichen Objektes des Raufhandels notwendig, die auch hinsichtlich der Bestimmung des Kreises der Anwendung des Tatbestandes, der Feststellung des gesellschaftlichen und politischen Inhalts – des gemeinschaftswidrigen Charakters – der raufhändlerischen Handlung eine Richtlinie geben kann. Der Raufhandel wurde seitens des Gesetzgebers als eine gegen die öffentliche Ordnung verübte Handlung geregelt, so gibt also der Charakter seines rechtlichen Objektes an sich bezüglich der Abgrenzung von anderen öffentlich verübten – eventuell aus raufhändlerischen Motiven entspringenden – Handlungen (gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die geschlechtliche Freiheit, die menschliche Würde verübte Handlungen) eine Richtlinie. Die betonte, auffallende Gemeinschaftswidrigkeit der raufhändlerischen Handlung bedingt die Verletzung des rechtlichen Objektes (der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Ruhe) –, oder deren reelle Möglichkeit.

Die als rechtliches Objekt des Raufhandels genannte öffentliche Ordnung ist eine komplizierte, vielseitig zusammengesetzte gesellschaftliche Erscheinung, die in allgemeinem Sinn die Gesamtheit der sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse, deren rechtliche und moralische Normen und auch die Regeln des Gemeinschaftslebens umfasst. Der Inhalt der öffentlichen Ordnung ist letzten Endes durch die Rechtsnormen, durch die Normen der Moral, sowie durch die Regeln des Gemeinschaftslebens gegeben, die durch die materiellen Lebensinteressen der Gesellschaft bestimmt werden. In der sozialistischen Gesellschaft ändert sich der Begriff der öffentlichen Ordnung und auch ihr Inhalt, die öffentliche Ordnung wird ständig verbessert, vervollkommenet, indem die Regeln der Moral und des Gemeinschaftslebens immer mehr zur Geltung kommen.

Der engere — spezielle — Begriff der öffentlichen Ordnung umfasst den Kreis der gesellschaftlichen Verhältnisse, den die Rechtsnormen und die Regeln der Moral und des Gemeinschaftslebens ausgebildet haben. Der Schutz der öffentlichen Ordnung bedeutet im Zusammenhang mit dem Raufhandel in erster Reihe den Schutz der von der Gemeinschaft ausgebildeten Regeln des Gemeinschaftslebens, d.h. die Sicherung der Rechte der Staatsbürger, ihrer normalen Arbeits- und Lebensbedingungen, der öffentlichen Moral, der öffentlichen Ruhe, sowie der normalen Tätigkeit der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen. Die öffentliche Ruhe ist eigentlich die psychologische Bedingung der öffentlichen Ordnung, die in der Erkenntnis der Staatsbürger zum Ausdruck kommt, dass ihre Rechte, ihre berechtigten Interessen, ihre normalen Arbeits- und Lebensbedingungen seitens des Staates und der zuständigen Organe entsprechend geschützt werden. Die öffentliche Ruhe ist eine psychologische, aus Stimmungselementen zusammengesetzte Erscheinung der öffentlichen Ordnung, deren Störung in der Verminderung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung, im Auftreten des Gefühls der Angst oder der Gefährdung in einem weiteren Kreis der Personen erscheint. Daraus folgt, dass bei der Bestimmung des Kreises der Handlungen, die geeignet sind, die öffentliche Ordnung, die öffentliche Ruhe zu stören, das äussere Bild der Verübung, die Verübung an einem öffentlichen Ort oder in Anwesenheit mehrerer Personen eine hervorragende Bedeutung hat. Das gemeinschaftswidrige, auf das Wesen des Raufhandels hinweisende zweiseitige objektive Moment bedingt die unmittelbare Verletzung der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Ruhe und ist zugleich mit der Verachtung der Gemeinschaft, mit dem Ausdruck der offensichtlichen Respektlosigkeit ihr gegenüber verbunden.

In Verbindung mit der Definition und Interpretation des Begriffs der Gemeinschaftswidrigkeit bildeten sich in der ungarischen strafrechtlichen Literatur zwei verschiedene Standpunkte, die objektive und die subjektive Interpretation aus.

Der eine Standpunkt, die subjektive Interpretation der Gemeinschaftswidrigkeit drückt eine Tendenz aus, wodurch der Tatbestand des Raufhandels eingeschränkt wird. Diese Auffassung betrachtet als die klassische Form des Raufhandels eine Verübung aus typisch raufhändlerischem Motiv, die durch eine ohne persönliches Motiv verübte Handlung, sowie durch die Öffentlichkeit und den weiteren Kreis der Verletzten gekennzeichnet ist. Der Raufhandel wird von den anderen Delikten nicht durch die im äusseren Bild der Handlung, auf der objektiven Seite zum Ausdruck kommende Gemeinschaftswidrigkeit abgegrenzt, sondern durch die antisozial gefärbte Absicht und durch die im raufhändlerischen Motiv zum Ausdruck kommende, in subjektivem Sinn aufgefasste Gemeinschaftswidrigkeit. Wir sehen das Wesen der Gemeinschaftswidrigkeit darin, dass der Verüber des Raufhandels das Auffallen sucht, seine Absicht unmittelbar darauf gerichtet ist, dass er möglichst drastisch die Verachtung der geordneten Lebensverhältnisse, der grundlegenden gesellschaftlichen Regeln des Gemeinschaftslebens ausdrückt. „Der Verüber will einen

Skandal, er ist bestrebt, eine möglichst grosse Empörung oder eine Panik zu entfachen . . . und als Skandalheld vor sich und vor seinen Kameraden zu erscheinen.“²

Dieser Standpunkt wird in der ungarischen Literatur am entschiedensten von Béla Neményi zum Ausdruck gebracht, indem er schreibt: „Die Gemeinschaftswidrigkeit gehört – abgesehen von dem erwähnten objektiven Aspekt – zur subjektiven Seite des Deliktes. Die Frage nämlich, ob ein Verhalten, das objektiv nach seiner äusseren Erscheinungsform geeignet ist einen Skandal oder eine Panik zu erregen, als Raufhandel oder als ein anderes Delikt zu beurteilen ist, wird allein durch die subjektive Seite entschieden, aber darauf weist die gesetzliche Disposition bloss durch die Bezeichnung eines gemeinschaftswidrigen Verhaltens als Verübungstätigkeit hin.“^{3,4}

Die in der Gerichtspraxis nach Inkrafttreten des Strafgesetzbuches entstandene andere Auffassung schreibt in Verbindung mit der Feststellung des Raufhandels der in objektivem Sinn aufgefassten Gemeinschaftswidrigkeit, nicht aber dem raufhändlerischen Motiv eine entscheidende Bedeutung zu. Nach dieser Auffassung kann es sich um Raufhandel nur dann handeln, wenn im Verübungsverhalten eine auffallende betonte Verachtung der gesellschaftlichen Regeln des Gemeinschaftslebens zum Ausdruck kommt und dadurch die öffentliche Ordnung und Ruhe gefährdet wird. Die Gerichtspraxis stellt den Raufhandel auch im Falle einer Handlung fest, die aus persönlichem Motiv entspringt, wenn die Absicht des Verübers – bedingt – die das objektive Kriterium des Tatbestandes bildende Gemeinschaftswidrigkeit umfasst hat. Als Grundlage dieser Auffassung dient die Erklärung, dass die strafrechtliche Definition des Raufhandels nicht von dem Begriff getrennt werden kann, der sich darüber in der öffentlichen Meinung ausgebildet hat. Die öffentliche Meinung betrachtet nämlich als Huliganismus auch jene absichtlichen Handlungen, die ohne eines raufhändlerischen Motivs, infolge der persönlichen Beziehungen, aus Feindlichkeit verübt werden, die die Regeln des Gemeinschaftslebens grob verletzen und die Ruhe der Bevölkerung und die öffentliche Ordnung gefährden. Das Wesen des Raufhandels ist nach dieser Auffassung seine auffallende ins Auge stechende Gemeinschaftswidrigkeit, der offene Widerstand gegen die Regeln des Gemeinschaftslebens, wodurch die Tätigkeit des sozialistischen Staates, die auf die Festigung der gesellschaftlichen Disziplin, der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit gerichtet ist, gestört wird.

Ein wesentliches Kennzeichen des Raufhandels ist also die offen zum Ausdruck gebrachte auffallende und grobe Verachtung der Gemeinschaft – die Gemeinschaftswidrigkeit –, das sowohl für das rechtliche Objekt des Deliktes, wie auch für das Verübungsverhalten und dadurch auch für das Subjekt ein charakteristisches Moment ist. Der Raufhandel ist ein antisoziales – die Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens, den Gemeinschaftsgeist grob verletzendes – Verhalten, das geeignet ist, die öffentliche Ordnung und öffentliche Ruhe stark zu gefährden. Bei der Feststellung der Gemeinschaftswidrigkeit einer raufhändlerischen Hand-

lung sind in erster Reihe die Art und die Bedeutung der Regeln des Gemeinschaftslebens, die Art und Weise ihrer Verletzung die wichtigsten Kriterien. Das massgebende wesentlichste Begriffskennzeichen des Raufhandels, die Gemeinschaftswidrigkeit ist ein aus objektiven und subjektiven Elementen zusammengesetztes normatives, bewertendes Kriterium, bei dessen Feststellung die Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch die Verletzung der grundlegenden Regeln des Gemeinschaftslebens der entscheidende Gesichtspunkt ist. Darüber hinaus kann aber die antisozial gefärbte Absicht, die Einstellung, das raufhändlerische Motiv oder das Ziel des Täters eine Rolle spielen. Die Gemeinschaftswidrigkeit, die auffallende Verachtung der von der Gemeinschaft ausgebildeten und angenommenen Regeln des Gemeinschaftslebens kann nicht von der Art und Weise und von dem Grad der äusseren Erscheinung getrennt werden und kann nicht bloss als eine Einstellung der Gedanken oder Gefühle aufgefasst werden. Die Gemeinschaftswidrigkeit muss aber auch einen solchen Grad erreichen, der geeignet ist, das geschützte Objekt zu gefährden. Dazu ist aber nicht genug, dass es geeignet ist, einen Skandal oder eine Panik zu erregen.

Aus dieser auch meinerseits für richtig gehaltenen Auffassung der Gemeinschaftswidrigkeit folgt, dass jede beliebige aus persönlichem Motiv entspringende Handlung Raufhandel sein kann, wenn sie die Verursachung eines bloss persönlichen Unrechtes überschreitet und geeignet ist, neben dem Verletzten auch in seiner Umgebung eine Panik oder einen Skandal auszulösen, d.h. auch die öffentliche Ordnung und öffentliche Ruhe zu verletzen. Daraus folgt auch, dass auch die Aggressivität, der Angreifende Charakter der Handlung nicht unbedingt ein inhaltliches Element des raufhändlerischen Verhaltens ist. Die öffentliche Ordnung, die öffentliche Ruhe kann nicht allein durch gewalttätige angriffsartige Verhaltensweisen gestört werden, sondern z.B. auch durch den skandalerregenden Zustand eines Betrunkenen, durch sein Verhalten oder durch eine öffentlich verübte unzüchtige Handlung.

Bei der Bestimmung des Inhalts der Gemeinschaftswidrigkeit ist also in Betracht zu ziehen, dass eine Einengung dieses Begriffes ebenso unrichtig wäre, wie eine allzu ausgedehnte Deutung. Sowohl die Überbetonung der objektiven und subjektiven Kriterien des Tatbestandes, wie auch ihre starre Trennung oder Gegenüberstellung können dahin führen, dass beinahe jede öffentlich verübte Handlung — eine unbedeutende Ordnungsstörung, Unehreerbietigkeit, Unhöflichkeit, usw. — als Raufhandel beurteilt wird.

Bei der Feststellung des Raufhandels müssen die Begleitumstände der gesamten Deliktsituation gemeinsam beurteilt werden. Im Laufe der Feststellung des Tatbestandes des Raufhandels entspricht der objektiv fühlbaren und feststellbaren, auffallenden und betonten Gesellschaftswidrigkeit auf der subjektiven Seite im allgemeinen die antisozial gefärbte Absicht, wobei das raufhändlerische Motiv die psychologische Bedingung der Ausbildung der Gefühlsbasis ist. Es ist dabei auch in Betracht zu ziehen, dass die Verletzung der öffentlichen Ordnung und der

öffentlichen Ruhe nach den Strafverfolgungserfahrungen auch aus verschiedenen persönlichen Motiven, wie z.B. aus Rache, Eifersucht, Verfeindung, usw. verübt werden kann, wenn das Bestehen eines raufhändlerischen Motivs psychologisch unmöglich ist.

3. Charakter und Rolle des Motivs bei der Feststellung des Raufhandels

Der Raufhandel kann nur absichtlich verwirklicht werden. Um das aber feststellen zu können, muss bewiesen werden, dass die Absicht des Täters — direkt oder eventuell — die auf der objektiven Seite des Tatbestandes festgelegten Kriterien umfasste. Um die Verachtung der Gemeinschaft offen zum Ausdruck zu bringen muss die Absicht unbedingt vorhanden sein. Zur Feststellung der Absicht ist aber im Kreise der subjektiven Momente des gemeinschaftswidrigen Verhaltens die Untersuchung des Motivationsprozesses vor der Handlung notwendig. Die Bedingungen der Bezeugung eines gemeinschaftswidrigen Verhaltens sind, dass der Täter im Laufe des Motivationsprozesses infolge seines zur Handlung treibenden, aber vom Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Beurteilung negativen Motivs die Möglichkeit des Skandals, als zurückhaltenden Motivs, aus einem Grund überwindet, der gemäss der allgemeinen moralischen Auffassung nicht zu würdigen ist. Die Absicht des Täters hat eine antisoziale Färbung, steht mit dem kollektiven Geist im Gegensatz darüber hinaus, dass sie auf die Verübung eines Deliktes gerichtet ist. Dadurch, dass der Gesetzgeber den Tatbestand des Raufhandels und dessen Gemeinschaftswidrigkeit hervorgehoben hat, bringt er einerseits zum Ausdruck, dass es sich um eine auffallende, betonte Gemeinschaftswidrigkeit handelt, andererseits, dass dieses objektive Element des Tatbestandes durch die Absicht restlos umfasst werden muss.

Nach dem Inkrafttreten des Strafgesetzbuches liquidierte der Oberste Gerichtshof die sog. Motiv-Theorie und die darauf begründete Praxis, bei der die Feststellung des Raufhandels in erster Reihe vom raufhändlerischen Motiv abhängig gemacht wurde. Im Falle von Verfeindung, Rache, Streit, Eifersucht oder eines anderen persönlichen Motivs stellte die frühere Gerichtspraxis keinen Raufhandel fest.⁵ Infolge einer solchen Änderung der Gerichtspraxis aufgrund der neuen Regelung des Strafgesetzbuches verringert sich die Bedeutung und Rolle des raufhändlerischen Motivs. Diese Änderung der Praxis kann aber nicht bedeuten, dass bei der Untersuchung der subjektiven Seite der Handlung die Art der Absicht, die antisoziale Färbung und das die Persönlichkeit, die Einstellung des Täters meistens kennzeichnende Motiv im weiteren keine Bedeutung hat. In der Frage der auffallenden, betonten Gemeinschaftswidrigkeit der Handlung kann man nämlich nur in Kenntnis der genannten subjektiven Momente mit Sicherheit Stellung nehmen.

Bei der Untersuchung des Begriffs und der Bedeutung des raufhändlerischen Motivs muss aber zwischen dem raufhändlerischen Motiv, als psychologischem Motiv zahlreicher Delikte und dem Tatbestand des Deliktes des Raufhandels unterschieden werden. Die beiden strafrechtli-

chen Begriffe können trotz der terminologischen Ähnlichkeit nicht voneinander abgeleitet werden. Das Motiv im Tatbestand des Raufhandels kann verschiedener Art sein, umfasst auch die persönlichen Motive, daher kann die Festlegung des Deliktsbegriffs des Raufhandels, seine Abgrenzung von anderen Delikten nicht allein auf dem Motiv beruhen: Der Tatbestand des Deliktes des Raufhandels ist aus verschiedenen Kriterien zusammengesetzt, die miteinander eng verbunden sind, und das Fehlen jedes einzelnen schliesst die Feststellung des Deliktes des Raufhandels aus. Der Raufhandel als Delikt ist eine objektive Erscheinung der Persönlichkeit, nicht aber irgendeine subjektive Eigenschaft, ein Charakterzug, oder eine Einstellung. Im Laufe der Feststellung kann auch das Motiv der Handlung nicht ausser Acht bleiben, aber es darf keine entscheidende Rolle spielen.

In der sowjetischen strafrechtlichen Literatur finden wir Versuche, die darauf gerichtet sind, die das raufhändlerische Motiv von anderen Motiven unterscheidenden Inhaltskennzeichen zu bestimmen. Als das wesentlichste Kriterium der raufhändlerischen Motivation wird der relativ schnelle Ablauf des Motivationskampfes betrachtet, die Tatsache, dass keine lange psychologische Vorbereitung der Entstehung des raufhändlerischen Motivs vorangeht, dass der Täter im Prozess der Willensbildung zwar die Bedeutung seiner Handlung erkennt, aber kein Gemeinschaftsmotiv, kein Pflichtgefühl auftritt, das ihn von der Handlung zurückhalten würde. Als ein anderer wesentlicher Zug der Motivation wird die Gelegenheitsmässigkeit der Handlung, die geringe Bedeutung des äusseren Reizes, der gegebenen Gelegenheit im Verhältnis zum Gewicht der verübten Handlung betrachtet. (Der Verletzte beantwortet z.B. eine Frage des Täters nicht, er gibt kein Feuer, usw.) Auch die Person des Verletzten ist meistens zufällig. Der Raufhandel wird als eine nicht adequate Antwort auf einen Aussenweltreiz aufgefasst. Es wird für ein wesentliches Kriterium der raufhändlerischen Motivation der auffallende auch äusserlich gut fühlbare Charakter des raufhändlerischen Motivs, dessen Anschaulichkeit gehalten.⁶

Das Motiv ist gemäss der Psychologie nichts anderes, als ein dominant gewordener Reiz des zentralen Nervensystems, der aus der Synthese gewisser primärer (organischer), bzw. sekundärer (gesellschaftlicher, kultureller, geistiger) Bedürfnisse und jener Umgebungsreize entsteht, die geeignet sind, diese Bedürfnisse zu erfüllen. Die menschliche Tätigkeit wird durch die Motive bestimmt, die Psychologie kennt keine unmotivierten Handlungen. Die Motive werden aber auch durch die Ziele der Tätigkeit geformt, determiniert, an das bewusst gewordene Motiv schliesst sich im allgemeinen auch die Zielvorstellung eng an. Das Motiv des Delikts ist ein bewusst gewordenes und auf einen konkreten Gegenstand oder eine Tatsache bezogenes Interesse, das den Täter zur Durchführung einer gesellschaftsgefährlichen Handlung bewegt. Das Motiv ist also die Quelle, die bewegende Kraft des Deliktes.

Das raufhändlerische Motiv charakterisiert meistens die gesamte Handlung, bestimmt ihren gemeinschaftswidrigen Charakter und bewegt

den Täter zur provokatorischen Verachtung der Regeln des Gemeinschaftslebens, im allgemeinen zu einem aggressiven gewalttätigen Verhalten. Für die raufhändlerische Motivation sind meistens Kritiklosigkeit, Hemmungslosigkeit, Gemüts- und Wutausbrüche charakteristisch. Gemäss den Erfahrungen der Strafverfolgung entstehen die raufhändlerischen Motive im Grossteil der Fälle in betrunkenem Zustand oder unter alkoholischer Einwirkung. Die kennzeichnendsten raufhändlerischen Motive erscheinen in Form der ziellosen Rauferei, der Verursachung eines Skandals, der sinnlosen Beschädigung. Die Verübung eines ziellosen Raufhandels in nüchternem Zustand ist für die jüngere Altersklasse charakteristisch, wo das raufhändlerische Motiv im allgemeinen in einer Auffallsucht, in der Bravade, in der Zurschaustellung der rohen Kraft erscheint.⁷

In Zusammenfassung unserer Untersuchungen im Zusammenhang mit der Beurteilung der Rolle und Bedeutung des Motivs halten wir die Beachtung folgender Gesichtspunkte für notwendig:

a) Das raufhändlerische Motiv ist, wie jedes andere Motiv, eine sozialpsychologische Kategorie, eine subjektive Erscheinung, dessen Grundlage verschiedene verzerrte gemeinschaftswidrige Interessen und Bedürfnisse bilden. Im Laufe der Aufdeckung des Wesens des raufhändlerischen Motivs ist in erster Reihe festzustellen, welche gesellschaftswidrigen Bedürfnisse und Interessen dessen Kern bilden.

b) In Verbindung mit der Abgrenzung des raufhändlerischen Motivs, sowie des Raufhandels, als Tatbestands des Delikts ist jene Tatsache in Betracht zu ziehen, dass die aus raufhändlerischem Motiv verübten Delikte nicht immer mit der Verletzung der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Ruhe verbunden sind. Zur Feststellung des gesetzlichen Tatbestands des Raufhandels ist aber die Verletzung der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Ruhe unentbehrlich. Gemäss den Erfahrungen der Gerichtspraxis ist der Täter bestrebt, bei den aus raufhändlerischem Motiv verübten gegen Personen gerichteten Delikten oder Beschädigungen seine Handlung zu verheimlichen und die Störung der öffentlichen Ordnung zu vermeiden.

c) Der Raufhandel, als eine mit der Verletzung der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Ruhe verbundene Handlung, drückt die offene Verachtung der Gemeinschaft aus, aber kann auch aus verschiedenen persönlichen Motiven, aus Zorn, Rache, Eifersucht, usw. verübt werden. In solchen Fällen ist die Feststellung des raufhändlerischen Motivs psychologisch unmöglich, das Delikt wird trotzdem infolge seiner auffallenden Gemeinschaftswidrigkeit als Raufhandel qualifiziert.

Bei der Qualifizierung des Tatbestands des Raufhandels ist die willkürliche subjektive Beurteilung zu vermeiden, die Feststellung des Raufhandels darf nicht bloss deshalb ausser acht gelassen werden, weil neben dem raufhändlerischen Motiv auch andere Motive mitgewirkt haben. Zur richtigen Qualifizierung ist die gemeinsame Beurteilung der im Gesetz bezeichneten objektiven und subjektiven Bedingungen und Kriterien notwendig.

Das raufhändlerische Motiv hat eine hervorragende Bedeutung bei der Abgrenzung nach Delikt und Regelverletzung des Raufhandels, das aufgrund objektiver Kriterien nicht zu lösen ist. Es kann in erster Reihe aufgrund des Motivs oder Ziels des Täters, oder der übrigen persönlichen Umstände entschieden werden, ob es sich um die Delikt- oder Regelverletzungsform des Raufhandels handelt. Bei dessen Beurteilung, ob im Falle einer eventuellen Absicht die in der Handlung zum Ausdruck kommende Gemeinschaftswidrigkeit das zur Feststellung eines Delikts notwendige Niveau erreicht hat, muss nämlich in erster Reihe dem Motiv des Täters eine grosse Bedeutung zugeschrieben werden. In diesem Kreis ist also die Untersuchung der Tatsache unentbehrlich, ob die verübte Handlung mit der Persönlichkeit des Täters (z.B. mit seiner gewalttätigen Natur), mit seiner Lebensführung (mit seiner Trunksucht) im Zusammenhang steht. Im Kreise des Raufhandels können zahlreiche persönliche Motive auftreten, deren Vorhandensein, falls auch die anderen Voraussetzungen gegeben sind, die Beurteilung als Regelverletzung ermöglichen. (Ein tatsächliches oder vermeintliches Unrecht, ein gestörtes Familienleben, ein provokatives Verhalten des Verletzten, usw.) Ebenso verhält es sich bei der Beurteilung des Verhaltens eines Betrunkenen, falls dieses Verhalten nicht aggressiv ist und der Skandal nicht durch gegen Personen oder Sachen gerichtete gewalttätige Handlungen, sondern an sich durch den betrunkenen Zustand hervorgerufen wurde.

FUSSNOTEN

¹ Strafgesetzbuch der Ungarischen Volksrepublik. Közgazdasági és Jogi Kiadó, Budapest 1962, p. 357.

² Egressy, A.: Schuld und Qualifizierung im Falle der raufhändlerischen Verhaltensweisen. Magyar Jog 1969, Nr. 3, p. 133.

³ Neményi, B.: Theoretische und praktische Fragen im Kreise des Delikts des Raufhandels. Magyar Jog 1969, Nr. 12, p. 705.

⁴ Auch im sowjetischen Strafrecht ist diese Auffassung bei der Feststellung des Grundfalls des Raufhandels vorherrschend. Es wird dem raufhändlerischen Motiv ausschliessliche Bedeutung zugeschrieben, die provokative, betonte Gemeinschaftswidrigkeit der Handlung führt bereits zur Feststellung der qualifizierten Fälle des Raufhandels. Die betonte Gemeinschaftswidrigkeit wird aber aufgrund der objektiven Kennzeichen, der Begleitumstände der Handlung festgestellt. Bei der Feststellung sind sowohl in der Gerichtspraxis, wie auch in der Theorie zahlreiche Probleme und Schwierigkeiten aufgetaucht. Die Literatur unterscheidet durch Verallgemeinerung der bezüglichlichen Gerichtspraxis folgende vier Typen der als auffallend gemeinschaftswidrig zu betrachtenden Handlungen:

- I. Jene raufhändlerischen Handlungen, die Angriffe gegen die körperliche Unversehrtheit, Gesundheit, menschliche Würde und das Vermögen der Staatsbürger sind.
- II. Jene Handlungen, die die Ordnung staatlicher oder gesellschaftlicher Institutionen, Lehrinstitute, des Verkehrs oder das Abhalten gemeinschaftlicher Veranstaltungen stören.
- III. Jene Handlungen, die sich in provokativem Ungehorsam oder gewalttätigem Angriff gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung befugten staatlichen Organe oder Staatsbürger offenbaren.

IV. Jene raufhändlerischen Handlungen, deren Gefährlichkeitsgrad durch die grössere Zahl der Verletzten oder der Betroffenen, durch die Kontinuität der Handlungen oder durch das als Waffe benützte Mittel verursacht wird. (Tjaschkowa: Nekotorie woprosi otwestwenosti sa huliganstwo. Westnik Moskovskowo Universiteta, 1970, Nr. 1, p. 30.)

⁵ Im sowjetischen Strafrecht ist bis heute die theoretische Auffassung vorherrschend, wonach das raufhändlerische Motiv ein unentbehrliches Element des Tatbestands des Delikts sei. Der Raufhandel kann nach sowjetischer strafrechtlicher Auffassung nur durch gerade Absicht verübt werden. Der Täter erkennt, dass seine Handlung die öffentliche Ordnung schwer verletzt und er eine offene Verachtung der Regeln des Gemeinschaftslebens zum Ausdruck bringt, wobei er wünscht, dass die Ordnungsstörung eintritt. Der Raufhandel unterscheidet sich durch das Motiv von anderen Delikten. Das raufhändlerische Motiv bringt nämlich jenen inneren Trieb zum Ausdruck, der den Täter der öffentlichen Ordnung und den Regeln des Gemeinschaftslebens gegenüberstellt. Das raufhändlerische Motiv ist eine unentbehrliche psychologische Treibkraft des Zustandekommens der Absicht, die bei der Qualifizierung des Raufhandels eine hervorragende Bedeutung hat. Mangels eines raufhändlerischen Motivs verwischt sich die Grenze zwischen dem Raufhandel und anderen Delikten, das führt zu einer unbegründeten Ausdehnung des Tatbestands des Raufhandels und macht letzten Endes die Trennung des Raufhandels, als eines selbständigen Deliktstatbestandes unnötig. (Kommentar zum Strafgesetzbuch der RSFSR, Leningrad, 1960, p. 350.)

Auch die sowjetische Gerichtspraxis gestaltet sich dementsprechend. Es wird kein Raufhandel z.B. in dem Fall festgestellt, wenn das Motiv der Handlung eine aus dem zwischen dem Täter und dem Verletzten bestehenden feindseligen Verhältnis ausgehende Rache, Eifersucht, uws. ist. Der Oberste Gerichtshof der RSFSR besagt in der Stellungnahme des Plenums vom 11. September 1962: im Falle einer Ehrenbeleidigung, Tötlichkeit, leichter Körperverletzung, falls diese zwischen den Staatsbürgern auf dem Boden der persönlichen Feindschlichkeit entstanden sind und nicht mit der Verletzung der öffentlichen Ordnung und mit der offenen Verachtung der Regeln des Gemeinschaftslebens verbunden sind, kann der Raufhandel nicht festgestellt werden – das Bestehen der persönlichen Motive schliesst aber nicht in jedem Fall die Feststellung des Raufhandels aus, z.B. in dem Fall, wenn diese persönlichen Motive im Verhältnis zum raufhändlerischen Motiv eine sekundäre Bedeutung haben, dieser zeitlich vorangehen, aber in diese hineinwachsen und so das raufhändlerische Motiv entscheidend, vorherrschend wird. Es kann sich nicht um Raufhandel handeln, wenn das auf einer persönlichen Beziehung beruhende Motiv die entscheidende, die bestimmende innere Treibkraft bleibt. Dieselbe Auffassung kommt auch im Kreis der Juristen der DDR zur Geltung. In einer Verübung durch „Verachtung der öffentlichen Ordnung oder der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens“, das im Tatbestand des Raufhandels angegeben ist, spielt gemäss der beigeschlossenen Interpretation die leitende Kraft des Motivationsprozesses als dessen entscheidendes Motiv, als eine die Grundlage des erdachten Verhaltens bildende Zielsetzung eine Rolle. Bei der Abgrenzung des Raufhandels von anderen Delikten schreiben auch die Strafrechtler der DDR der subjektiven Seite (dem Motiv, dem Ziel, der Persönlichkeit des Täters, seiner antisozialen Einstellung) eine hervorragende Bedeutung zu. H. Lische – H. Keil: Zum Tatbestand des Rowdytums, Neue Justiz, 1969, Nr. 24, p. 757 – 762.

⁶ Danschin: Otwestwenosti sa huliganstwo, Charkow, 1971, p. 115.

⁷ Eine diesbezügliche Untersuchung des Landesinstituts für Kriminalistik hob folgende raufhändlerische Motive hervor:

- a) ziel- und grundlose Verübung (ziellose Beschädigung einer Sache, Rauferei, Verursachung eines Skandals), b) ein vermeintliches oder wahres Unrecht und ein damit verbundener verstörter oder betrunkener Zustand, c) Zorn, ein feindseliges Verhältnis, Rachdurst aus verschiedenen Gründen, d) Eifersucht, e) Reibungen wegen Mitwohnungsverhältnisse oder wegen ungünstiger Wohnungsverhältnisse, f) sexuelle Motivation, g) Absicht eines groben Scherzes oder Unfugs, wo der Raufhandel infolge der drastischen Umstände verwirklicht wird.

In der Aufzählung sind aber auch solche persönlichen Motive angeführt, wie Eifersucht, Rache, keinesfalls in den Kreis der raufhändlerischen Motive eingereiht werden können. (Bericht Nr. 13 des Landesinstituts für Kriminalistik: „Untersuchung des Delikts des Raufhandels“).

LE RÔLE DE L'OPPOSITION À LA COMMUNAUTÉ ET DU MOTIF LORS DE LA CONSTATATION DU COMPORTEMENT ANTISOCIAL

(RÉSUMÉ)

L'étude s'est fixée pour but d'examiner les deux critères les plus contestés de la matérialité des faits du comportement antisocial: le rapport de l'opposition à la communauté et du motif. Le choix de ce thème trouve son motif dans le fait que l'interprétation de ces deux notions et la qualification du comportement antisocial ont causé du trouble et ont suscité la polémique soit dans la doctrine y relative, soit dans la pratique judiciaire au sujet de leur rôle et du jugement de leur importance.

En procédant à la nouvelle réglementation du comportement antisocial le législateur a rompu au cours de la définition de la notion avec la théorie dite de motif qui avait attribué en connexion avec la constatation du comportement antisocial et avec la délimitation des autres infractions une importance exclusive au motif du comportement antisocial et qui a exclu dans le cas de l'acte dû aux motifs personnels la constatation du comportement antisocial. D'après la nouvelle réglementation de la loi le comportement antisocial constitue la réalisation du comportement antisocial dans les conditions prévues par la loi et l'opposition à la communauté donne l'essentiel du comportement antisocial bien en vue et accentué de l'acte bien que ce comportement ne se réalise pas sans cette opposition.

L'étude soumet à l'examen les critères de notion de l'opposition à la communauté en rapport avec l'objet juridique et le motif de l'infraction. Sa conclusion finale est que l'opposition à la communauté — prise au sens objectif — est d'une importance décisive au cours de la constatation du comportement antisocial et les autres critères de la matérialité des faits — y compris le motif de la perpétration et l'attitude anti-communautaire aussi — ne sont appréciés qu'à cet égard et à la lumière de cette opposition. Il résulte de cette conception que l'auteur n'estime pas que la qualification de l'acte anticommunautaire dû au motif personnel comme comportement antisocial n'est pas exclu.

THE ROLE OF ANTI-SOCIAL ATTITUDE AND MOTIVE IN ESTABLISHING HOOLIGANISM

(SUMMARY)

The study sets itself the aim of examining the relation between the motive and the anti-social attitude, the two most problematic criteria of the statutory facts of hooliganism. The choice of subject is justified by the fact that the interpretation of the two notions and the judgement of their role and significance in describing hooliganism caused a theoretical confusion and aroused a debate both in special literature on the subject and in judicial practice.

On reregulating hooliganism the legislator — defining the notion — broke with the s.c. motive theory which attached exclusive importance to the motive of hooliganism (and its delimiting) in connection with establishing hooliganism and delimiting it from other crimes and in case of acts arising from personal motives the legislator precluded the establishment of hooliganism.

According to the new statutory regulation hooliganism means anti-social attitude realized under conditions described by the law and the conspicuous, emphatic anti-social character constitutes the substance of hooliganism, without it hooliganism does not come about.

The study examines the notional criteria of the anti-social attitude in relation to the legal subject and motive of the crime. It draws the conclusion that in establishing hooliganism the anti-social attitude — taken in objective sense — has decisive importance and other criteria of the facts — among them the motive of commission and its anti-social character — can be evaluated only in connection with this.

It follows from this approach that the author does not regard it impossible to describe an anti-social act committed from personal motives as hooliganism.